



Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 1/2010 • 22. Januar 2010

Thema der Woche

Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 Bundeshaushalt steht noch ganz im Zeichen der Krisenbekämpfung

Die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der parlamentarischen Beratungen über den Bundeshaushalt 2010. In erster Lesung debattierte das Parlament über den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorgelegten Haushaltsentwurf. Bei der Haushaltsaufstellung und bei den jetzt beginnenden Beratungen wurde sehr schnell deutlich, dass unser Land mit der notwendigen Konsolidierung des Bundeshaushalts vor einer haushalts- und finanzpolitischen Herausforderung steht, für die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kein Beispiel gibt. Neben der angestrebten zügigen Wiedereinhaltung des 3-Prozent-Defizitkriteriums des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfordert insbesondere die zwingende Einhaltung der neuen Schuldenregel des Grundgesetzes eine Reduzierung des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt um rund 60 Mrd. € in gleichbleibenden Abbauschritten bis zum Jahr 2016. Mit den nun beginnenden parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 gehen wir einen ersten wichtigen Schritt zur Bewältigung dieser großen Herausforderung. Da das Haushaltsgesetz 2010 aufgrund der Bundestagswahlen erst im Laufe des Jahres 2010 verkündet werden kann, gilt bis zu diesem Zeitpunkt die vorläufige Haushaltsführung, die gemäß Artikel 111 Grundgesetz starken Restriktionen unterliegt. Ehrgeiziges Ziel der Koalition ist es daher, die parlamentarischen Beratungen bis Ende März 2010 abgeschlossen zu haben, damit die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt noch im April 2010 erfolgen kann. Die zweite und dritte Lesung zum Bundeshaushalt 2010 ist daher auch bereits für die 11. KW (15. bis 19. März 2010) vorgesehen. Mit der schnellstmöglichen Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung unterstützen wir eine effektive und rasche Umsetzung der im Bundeshaushalt 2010 vorgesehenen konjunkturstützenden Maßnahmen. Die

außergewöhnliche Kürze der parlamentarischen Beratungszeit erfordert einen straffen Ablauf der anstehenden Beratungen. So wird der Haushaltsausschuss in den kommenden drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages alle Einzelpläne der verschiedenen Ressorts beraten. Dabei ist für uns völlig klar: Die Höhe der Nettokreditaufnahme mit 85,8 Mrd. €, die der historischen Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet ist, bildet die absolute Obergrenze für das Haushaltsjahr 2010. Mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenregel im Grundgesetz und des dadurch erforderlichen Konsolidierungsvolumens ab dem Haushalt 2011 wird es jedoch auch bereits in diesem Jahr unser gemeinsames Ziel sein, die Nettokreditaufnahme – wo möglich – in den Haushaltsberatungen weiter zu senken. Uns leiten vor diesem Hintergrund folgende Kriterien: Einnahmen und Ausgaben sind in jedem Einzelplan kritisch auf den Prüfstand zu stellen, um möglichst zusätzliche Einsparpotentiale zu erwirtschaften. Maßnahmen mit zusätzlichen Haushaltsbelastungen auf der Einnahmen- oder auf der Ausgabenseite sind dagegen dauerhaft im gleichen Politikbereich gegen zu finanzieren. Für unsere Haushälter steht in diesem Zusammenhang fest: Erhöhungen der Ausgaben oder Reduzierungen der Einnahmen eines Einzelplans kommen im Hinblick auf das vorrangige Konsolidierungsziel des Bundeshaushalts nicht in Betracht. Zur Verbesserung der Qualität und Nachhaltigkeit des Haushalts sind Möglichkeiten zur Stärkung investiver Ausgaben gegen entsprechende Umschichtungen aus dem konsumtiven Bereich in möglichst großem Umfang zu suchen und zu nutzen. Die Stärkung der Investitionen bildet die Grundlage für ein stabiles Wirtschaftswachstum in der Zukunft. Nur mit einer stabil wachsenden Wirtschaft erreichen wir unsere Ziele: 1. gestärkt aus der Krise hervorzugehen und 2. im Sinne nachfolgender Generationen, so rasch wie möglich wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Aus Plenum und Lobby

Weitere Entlastung der Bürger

Das entschlossene Handeln der Bundesregierung im letzten Jahr hat den Finanzmarkt stabilisiert und die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Insbesondere der Arbeitsmarkt ist so stabil wie nirgendwo sonst: Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so stark begrenzt werden wie in keinem anderen Industrieland weltweit. Nun gilt es, weitere Wachstumsimpulse zu setzen, um zu einem selbsttragenden Aufschwung zu kommen. Der Schlüssel dafür liegt in der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, die spürbar gestärkt wird. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz sorgen wir für steuerliche Entlastungen und verhindern zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialbeiträge. Die unionsgeführte Bundesregierung hält Wort: Die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bleibt eines unserer Hauptanliegen. Wir werden entsprechend des Koalitionsvertrages die große Steuerstrukturreform umsetzen. Einzelheiten werden im Lichte der aktualisierten Wirtschafts-, Wachstums- und Steuerdaten nach der Steuerschätzung im Mai 2010 erarbeitet und entschieden. Von den vereinbarten 24 Milliarden Euro haben wir bereits Familienentlastungen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro durchgesetzt. Es bleibt dabei, dass der Bildungspakt von Bund und Ländern mit einem Aufwuchs der Ausgaben für Forschung und Bildung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2015 umgesetzt wird. Wir werden die Haushalte nach Maßgabe der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse konsolidieren.

2009: Stärkste Rezession seit 1945

Der Wirtschaftseinbruch 2009 war die stärkste Rezession in Deutschland seit 1945: Im vergangenen Jahr ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Internet und digitale Gesellschaft

Das Internet entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Für eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gehört die Nutzung des Internets längst zum Alltag. Die Koalition von CDU, CSU und FDP hat sich im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internet bekannt: "Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt". Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderem Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Wir schlagen deshalb vor, eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages einzusetzen, die sich mit den soziologischen und politischen Auswirkungen dieser Veränderungen befasst. (Hintergrund: Nach § 56 der Geschäftsordnung des Bundestages kann zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe eine Enquete-Kommission eingesetzt werden. Enquete-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten und Sachverständigen. Beide Gruppen arbeiten in ihr als gleichberechtigte, stimmberechtigte Mitglieder.)

Zitat:

«Dieser Haushalt zeigt sehr genau, dass es gelingen kann, das Staatsdefizit zurückzuführen. Der Haushalt 2005 hatte ein strukturelles Defizit von 60 Milliarden Euro. Wir hätten die Nettoneuverschuldung auf 6 Milliarden Euro zurückgeführt, wenn nicht die Kosten der Krise dazugekommen wären.»

(Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, am Mittwoch im Deutschen Bundestag in der Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2010)

- **Solidarität und Hilfe für die Bewohner von Haiti:**

Mit Bestürzung haben wir die Nachricht vom schrecklichen Erdbeben in Haiti aufgenommen. Eines der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt wurde vergangene Woche von einer entsetzlichen Naturkatastrophe heimgesucht. Bislang sind über 70.000 Menschen tot geborgen worden, Hunderttausende sind verletzt, etwa 1,5 Millionen Menschen obdachlos, Tendenz weiter steigend. Die schon zuvor schwachen staatlichen Strukturen existieren zurzeit kaum mehr. Die Bevölkerung kann und wird ohne fremde Hilfe nicht überleben.

Jetzt ist es an der internationalen Staatengemeinschaft dafür zu sorgen, dass den Menschen vor Ort, wo Trinkwasser und Lebensmittel knapp sind, geholfen wird. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung: Bundesregierung und deutsche Nichtregierungsorganisationen tun ihr Möglichstes, um den Menschen zu helfen. Die Bilder des Technischen Hilfswerks beim Installieren von Wasseraufbereitungsanlagen zeigen, wie schnell die Hilfe auch ankommt. Unser Dank gilt dem zupackenden Einsatz der Katastrophenhelfer vor Ort und in Deutschland.

Gleichzeitig rufen wir die Bevölkerung auf, die Arbeit der Hilfsorganisationen mit Spenden zu unterstützen und damit das Überleben der betroffenen Bewohner Haitis zu sichern.

- **Steuerentlastungen zum Jahreswechsel:**

Durch die Steuerrechtsänderungen sind zum Jahreswechsel deutliche Entlastungen eingetreten. So wird etwa der Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, im Jahre 2010 insgesamt 1.183 Euro weniger Steuern zahlen müssen. Zudem erhält er 2010 insgesamt 480 Euro mehr Kindergeld. Bei dem verheirateten Bankangestellten mit drei Kindern (Jahreseinkommen 70.000 Euro) beträgt die Ersparnis 590 Euro und der Zuwachs des Kindergeldes 720 Euro.

(Quelle: Handelsblatt, 29.12.2009)

- **Sparquote bleibt auf hohem Niveau:** Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,4 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote verharrte mit 11,2 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Terminvorschau

23.01.2010, 9.00 Uhr
Klausurtagung der CDU Baden-Württemberg
Kloster Schöntal

29.01.2010, 17.00 Uhr
Neujahrsempfang IHK Bodensee-Oberschwaben
Kultur- und Kongresszentrum Oberschwaben
Weingarten

29.01.2010, 19.00 Uhr
CDA Bezirksvorstand
Hotel Brücke
Riedlingen

30.01.2010, 19.00 Uhr
1 Jahr Kinderstiftung in Ravensburg
Sporthalle des BZ St. Konrad
Ravensburg

04.02.2010, 9.30 Uhr
Abgeordnetengespräch IHK Bodensee-Oberschwaben
Weingarten

**WICHTIG: Nächste Bürgersprechstunde: 09. März 2010, 16.00 – 18.00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle in Weingarten**

Statistik 2009

3073 Berlin-Besucher aus dem Wahlkreis

Auch im vergangenen Jahr haben wieder zahlreiche Bürger aus unserem Wahlkreis die Hauptstadt und den Deutschen Bundestag besucht. Insgesamt durften wir 3073 Gäste aus dem Kreis Ravensburg-Bodensee im Reichstag begrüßen. Unter ihnen waren 35 Kleingruppen mit 152 Besuchern und 80 Großgruppen mit insgesamt 2921 Personen. Erfreulich ist auch, dass das Interesse am Bundestag bei Schulklassen weiterhin hoch ist. 56 Klassen reisten nach Berlin, um sich die politischen Institutionen anzuschauen und um die Hauptstadt zu erkunden.

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de